

# Leitfaden Sozialhilfe für Menschen mit Behinderungen und bei Pflegebedürftigkeit von A-Z

## Neuerscheinung: September 2018



*1978 entstand unser erster „Leitfaden für Behinderte“. 1995 erschien ein „Leitfaden Sozialhilfe für Behinderte und Pflegebedürftige von A-Z“ als 7. Auflage; hier war die Pflegeversicherung eingearbeitet. 2005 erschien die 8. Auflage, die das neue SGB XII darstellte.*

*Die aktuelle 10. Auflage ist als „Leitfaden Sozialhilfe für Menschen mit Behinderungen und bei Pflegebedürftigkeit von A-Z“ neu bearbeitet. Einzuarbeiten waren nicht nur eine Vielzahl von Gesetzesänderungen (mehrere Pflegestärkungsgesetze, Bundesteilhabegesetz); wir haben auch versucht, die Inhalte noch stärker an den Schwerpunkten der Beratungspraxis zu orientieren.*

Die Sozialleistungen für Pflegebedürftige und behinderte Menschen sind in den letzten Jahren durch mehrere Pflegestärkungsgesetze und das Bundesteilhabegesetz grundlegend geändert worden. Wie sich die Veränderungen für die Praxis auswirken werden, ist in einigen Bereichen noch nicht richtig absehbar. Der letzte Teil der Änderungen durch das Bundesteilhabegesetz mit wesentlichen Veränderungen der bisherigen Sozialhilfeleistungen für behinderte Menschen tritt erst im Jahr 2020 in Kraft. Dennoch haben wir uns entschlossen, den Leitfaden auf Grundlage der derzeit geltenden rechtlichen Bestimmungen umfassend zu überarbeiten, um Ihnen eine Orientierungshilfe für die Praxis zu bieten. Wir hoffen, dass der Leitfaden Ihnen eine gute Unterstützung ist, um bei Sozialleistungsträgern oder in Beratungsstellen die richtigen Fragen zu stellen und Ihre Ansprüche zu kennen und durchsetzen zu können.

Zentrale Themen des Leitfadens sind die sozialhilferechtlichen Leistungen für behinderte und pflegebedürftige Menschen. Ergänzend werden auch die damit verbundenen sozialversicherungsrechtlichen Leistungen berücksichtigt (z.B. Erwerbsminderungsrente, Arbeitslosengeld sowie Kranken- und pflegeversicherung). Ausführlicher wird auch die Frage der Unterhaltspflicht bei Pflegebedürftigkeit der Eltern behandelt. Die Leistungen zum Lebensunterhalt werden in den Grundzügen ebenfalls angesprochen; auf eine ausführliche Darstellung haben wir jedoch verzichtet, da sich diese bereits im Leitfaden Arbeitslosengeld II/Sozialhilfe von A-Z findet.

Die einfache Orientierung im vorliegenden Leitfaden soll über das Stichwortverzeichnis ermöglicht werden. Wir haben versucht die Ausgangssituation Betroffener zu erfassen, um eine bestmögliche Unterstützung bei der Geltendmachung und Durchsetzung von Sozialleistungen zu geben. Aus unserer Sicht besondere Probleme und kritische Aspekte werden ebenfalls thematisiert, viele Fragestellungen sind jedoch noch nicht abschließend geklärt. Häufig hängen die Entscheidungen der Behörden und der Sozialgerichte sehr stark von den Umständen des Einzelfalles ab. Wir möchten die Betroffenen deshalb ermutigen, bei der Geltendmachung Ihrer Leistungsansprüche vorhandene Möglichkeiten auszuschöpfen. Selbst wenn ein Antrag oder ein Widerspruch nicht erfolgreich sein sollte, wird der Verwaltung damit doch deutlich gemacht, dass Leistungsberechtigte über Rechtslage wie auch Ansprüche informiert sind und bereit sind für die Durchsetzung dieser einzusetzen. Letztlich wird sich die Behörde immer mit sachlich vorgetragenen neuen Argumenten und Tatsachen auseinandersetzen müssen. In der Praxis spielen die Beweisbarkeit der tatsächlichen Verhältnisse und die Rechte im Verwaltungsverfahren somit eine entscheidende Rolle und werden aus diesem Grund in unserem Leitfaden auch ausführlicher behandelt.

Die Texte für den Leitfaden wurden maßgeblich von Laura Diehl (Sozialarbeiterin B.A.) und Prof. Dr. Frank Ehmann (Hochschullehrer an der Frankfurt University of Applied Sciences) erstellt. Der Leitfaden gibt die Rechtslage zum 31.08.2018 wieder. Wann eine erneute Aktualisierung des Leitfadens geplant ist, können Sie auf unseren Webseiten [www.dvs-buch.de](http://www.dvs-buch.de) und [www.agtuwas.de](http://www.agtuwas.de) erfahren.

## Leitfaden Sozialhilfe für Menschen mit Behinderungen und bei Pflegebedürftigkeit von A-Z

Autoren: Laura Diehl, Frank Ehmann  
Umfang: 276 Seiten  
Stand: 10. Auflage, September 2018  
ISBN: 978-3-932246-83-8  
Preis: 10,-- € inkl. Versand innerhalb Deutschlands

### Bestellung:

online: [www.dvs-buch.de](http://www.dvs-buch.de)  
per Fax: 069/740169  
per Brief: DVS, Schumannstr. 51, 60325 Frankfurt

### Information und Leseproben:

[www.dvs-buch.de](http://www.dvs-buch.de)

# Stichwortverzeichnis

AIDS-Kranke	Einsatzgemeinschaft	Kranken- und	Schwerbehindertenvertretung
Akteneinsicht	einstweilige Anordnung	Pflegeversicherungsbeiträge	Schwerbehinderung
Altenhilfe	Einrichtungsgegenstände	Krankengeldanspruch	Selbstbehalt
Altenteilsrecht	Elternunterhalt	Krankenhausaufenthalt	sofortige Vollziehung
Altenteilsregelung	Entlastungsbetrag	Krankenkostzulage	Sonderkündigungsschutz
Alterssicherung	Erben und Vererben	Krankenversicherung	Sozialgericht
Altersvorsorge	Erbfall	Krippe und Hort	Sozialhilfeträger
ambulante Pflegedienste	Ermessen	Kündigungsschutz	Sozialrechtlicher
andere Verrichtungen	Ermessensleistung	Kündigungsschutzklage	Herstellungsanspruch
Änderungen in den Verhältnissen	Ernährung	Kurzzeitpflege	Sozialstaatsprinzip
Anhörung	Erstattungsanspruch	Lebenspartner	Sperrzeit
Anordnungsanspruch	Erstaustattung für Kleidung	Lebensunterhalt	stationäre Einrichtung
Anordnungsgrund	Erstaustattung der Wohnung	Leistungen in Einrichtungen	stationäre Pflege
Anwaltsgebühren	Erwerbsminderung	Leistungen zur Bildung und	Sterbegeldversicherung
Anwartschaftszeit	Erwerbsminderungsrente	Teilhabe	steuerliche Vergünstigungen
Arbeitgebermodell	Existenzminimum	Leistungsantrag	Studium
Arbeitslosengeld	Familiengericht	Leistungsberechnung	Tagesförderung
Arbeitslosengeld II	Familienversicherung	Grundsicherung	Tagespflege
Arbeitsplatz	Forderungen	Leistungsfähigkeit	Taschengeld
ärztliches Gutachten	Gemeinschaften	des Unterhaltsverpflichteten	Teilhabe am Arbeitsleben
Aufhebung von Verwaltungsakten	Gleichheitsgrundsatz	medizinische Behandlungspflege	Teilhabe am Leben
Aufrechnung	Grad der Behinderung	medizinisches Fachgutachten	in der Gemeinschaft
Aufschiebende Wirkung	Grunddienstbarkeit	Mehrbedarf	teilstationäre Pflege
Aufwandsentschädigung	Grundpflege	Meldepflicht	Testamentsvollstrecker
Aufwendungen der Pflegegeperson	Grundpflegebedarf	Mietkaution	therapeutische Geräte
Ausbildung	Grundsicherung	Mitwirkungspflichten	Überleitungsanzeige
Ausbildungsgeld	- im Alter und bei	Mustertexte	Überprüfungsantrag
Auskunftsverlangen	Erwerbsminderung	Mobilität	Umbaumaßnahmen
Barbetrag	- Leistungen im Vergleich	Nachlass	Umgzugskosten
Bedarfsgemeinschaft	Gutachten	Nachteilsausgleiche	Unanfechtbarkeit
Beförderung im ÖPV	Härtefall	Nachtpflege	Untätigkeitsklage
Begleitperson	Haus	Nahtlosigkeitsregelung	Unterhaltsansprüche und
Begutachtungsrichtlinien	Hausbesuch	Nießbrauchrecht	Rückgriff auf Angehörige
Begutachtungstermin	Haushaltsgemeinschaft	Notlage, existenzielle	Unterkunfts-kosten
Behindertentestament	Haushaltsgeräte	orthopädische Schuhe	Untersuchung
Behindertentoiletten	Haushaltshilfe	Parkausweis	unwirtschaftliches Verhalten
- Zentralschlüssel	häusliche Pflege	Patientenverfügung	Urkunde
Behinderung	Hausnotrufsystem	persönliches Budget	Verhinderungspflege
- Begriff	Hausrat	persönliches Erscheinen	Verhütung
Beistand	Hauswirtschaftliche Versorgung	Pflegebedürftige	Vermächtnis
Beitragsrückstände	Heim	- Begriff	Vermögen - Schonvermögen
Bemessungsentgelt	Heimentgelt	Pflegeberatung	Vermutungsregelung
Beratungsfehler	Heimpflegefall	Pflegedienste	versicherungsrechtliche
Beratungshilfe	Heimvertrag	Pflegefachkraft	Voraussetzung
Berufsunfähigkeitsrente	Heizung	Pflegegrad	vollstationäre Pflege
Berufung	Heizkosten	Pflegehilfsmittel	Vollziehung, sofortige
Bescheid	Hilfe bei Krankheit	Pflegeperson	Vorausleistung
Bestandskraft	Hilfe bei Schwangerschaft und	Pflegestufe	Vorbeugende Gesundheitshilfe
Bestattungskosten	Mutterschaft	Pflegetagebuch	Vorläufige Leistungen
bestimmungsgemäße Verwendung	Hilfe bei Sterilisation	Pflegeversicherung	Vorsorgevollmacht
Betreutes Wohnen	Hilfe zum Lebensunterhalt	Pflichtbeitragszeiten	Warmwasser
Betreuungsunterhalt	Hilfe zur Familienplanung	Pflichtteilsanspruch	Werkstattentgelt
Betreuungsverfügung	Hilfe zur Pflege	Pflichtverletzung	Werkstatt für behinderte Menschen
Betreuungsvertrag	Hilfe zur Weiterführung des	Praxisgebühr	Wichtiger Grund
Beweise	Haushalts	private Krankenversicherung	Widerruf
Beweislast	Hilfebedürftigkeit	Prozesskostenhilfe	Widerspruch
Beweismittel	Hilfen zur Gesundheit	psychosoziale Betreuung	Widerspruchsverfahren
Blindenhilfe	Hinzuverdienst	Rechtsantragsstelle	Wohneigentum
Bundesteilhabegesetz	HIV-Infizierte/Aids-Erkrankte	Rechtsbehelfsbelehrung	Wohngemeinschaft
Darlehen	Höherstufungsantrag	Rechtsfolgenbelehrung	Wohnrecht
Demenzkranke	Integrationsamt	Regelung, vorläufige	Wohnungsbeschaffungskosten
Deutscher Verein	Integrationsfachdienst	Rehabilitationsmaßnahme	Zeugen
Düsseldorfer Tabelle	Investitionskosten	Rentenverfahren	Zuschussprinzip
eheähnliche Gemeinschaft	Kinder mit Behinderung	Revision	Zusatzbarbetrag
Ehegatten	Kindergeld	Riesterrente	Zusatzleistungen
eidesstattliche Versicherung	Kinderkrankengeld	Rückforderungsansprüche	Zusicherung
Eilverfahren	Kinderspezifische Leistungen	Rücknahme	Zuständigkeitserklärung
- Einstweiliger Rechtsschutz	Klageverfahren	Rundfunkgebühren	Zuzahlung zu Medikamenten
eingetragene Lebenspartnerschaft	Klassenfahrten und Schulausflüge	Sachverständige	
Eingliederungshilfe	Körperpflege	Sanktionsbestimmung	
- für Menschen mit Behinderung	Kosten der Unterkunft	Schenkung	
Einkommen	kostenaufwändige Ernährung	Schonvermögen	
der unterhaltsverpflichteten Person	Kostenbeitrag	Schulbesuch	
Einkommensgrenze	Kostenersatzanspruch gegen Erben	Schwerbehinderung	
Einmalige Bedarfe	Kostenvergleich	- Begriff	
einmalige Leistungen	Kraftfahrzeug	Schwerbehindertenausweis	